





Pat. 19. \* Antrag im Reichst. 1. \* Deibel, \* Keller im Reichst. 2. \* ...

Der Panamakanal wird im Herbst für die Schifffahrt freigegeben.

Washington, 20. Febr. Präsident Wilson erklärte gestern den Panamakanal für den kommenden Herbst für die Schifffahrt freigegeben.

Einfluß für die Abschaffung des Rückwanges der Auslandsreisenden.

Petersburg, 20. Febr. Die Finanzkommission der Reichsduma hat sich für die Abschaffung des Rückwanges der Auslandsreisenden ausgesprochen.

Wortbruch Mecklenburg.

Meeritz, 20. Febr. Von Wortbruch Mecklenburg ist wurde mitgeteilt, daß die von dem Grafen gestellten Kontenlosanträge sämtlich abgewiesen worden sind.

Wiederholt.

Die Trauerfeierlichkeiten für die Prinzessin Wilhelm.

Karlshof, 19. Febr. Heute vormittag 11 Uhr fand in der Kapelle des Palais der verstorbenen Prinzessin Wilhelm von Baden ein Trauer Gottesdienst statt.

Vertagung des Dresdener Tierärztlichen Hochschuls nach Leipzig.

Dresden, 19. Febr. Die Finanzdeputation der Zweiten Kammer hat heute mit 11 gegen 4 Stimmen beschlossen, den für die Tierärztliche Hochschule in Dresden beschlossenen Vertagung nach Leipzig.

Börsen- und Handelsteil.

Die Vertagung der Staatsbank Halle-Güterbank auf der Straße Prof.-Nachtigall-Ostereisen, die die Grube 'Concordia' zu Nachtigall zur Ausbeutung der dortigen Kohlenlager mit dem Eisenbahnstrecke vereinbart hat, ist jetzt auf 7. März.

Die Beratungen bei der Bankfirma von der Stadt, Berlin u. Söhne in Eberfeld, die im Juli u. S. endet, werden, befragen sich auf 1000000 Mark. Die Unterhandlungen erwidern sich auf 10 Jahre.

Neuere Handels-Depeschen.

Wien-Deft. 19. Februar. Roter Wiener-Börsen lot 100/4, per Sept. —, per Okt. 102/4, per Juli 97/4, per Sept. —, per Okt. 8/00.

Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel. Berlin, 19. Febr. Weizen (Normalgew. 765 g): Weizen (p. 1000 kg) 168-189.

Wasserstände von Saale und Unstrut.

(Siehe auch Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe.) Saale, 18. Februar, 1.25, 18. Februar, 1.25, Großh. 2.25, 18. Februar, 2.25, 18. Februar, 2.25.

Verantwortlich.

für Politik: Reichsanwalt Dr. Straßer; für Deutsches Reich, Ausland und Wirtschaft: H. Giesing; für Österreich, Ungarn, Rumänien, Serbien und Bulgarien: G. W. Hoffmann; für Griechenland, Türkei und Albanien: G. W. Hoffmann; für die übrigen Abteilungen von 8 bis 11 Uhr vormittags.

Letzte Telegramme.

Prinz Joachim's Dienstantritt.

Kassel, 20. Febr. Prinz Joachim ist gestern aus der Schweiz hier wieder eingetroffen, um seinen neuen militärischen Dienst anzutreten.

Vertreibung eines Frauenarztes.

Danzig, 20. Febr. Das Schöngericht beurteilte den Frauenarzt Sedw wegen Verbrechen gegen § 218 des Strafgesetzbuchs zu einer Haftstrafe von drei Jahren Zwangsarbeit. Die Strafe wurde mit früheren Verurteilungen verbunden, der zuerst eine Haftstrafe von 1 1/2 Jahren verurteilt, auf 1/2 Jahre Haftstrafe und 3 Jahre Ehrverlust festgesetzt.

Schwere Unglücksfälle.

Berlin, 20. Febr. Durch den Einsturz einer Holzbrücke in der Nähe des aurländischen Bahnhofs sind sieben Personen getötet worden. Die Brücke hatte zwei Stützen, die durch den Einsturz der Brücke in die Luft geschleudert wurden.

Auch beim Bruch der Weidenmarker Brücke ereignete sich gestern ein schwerer Unfall. Mehrere Arbeiter wurden durch den Einsturz der Brücke verletzt, wobei einer tödlich und ein anderer schwer verletzt wurde.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S., Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gvb:3:1-171133730-16872166X191402202-16/fragment/page=0003

Table with exchange rates for various currencies and goods, including 'Bestenweizen Weizen', 'Weizen (Normalgew. 765 g)', and 'Kartoffeln, Kartoffelmehl, Stärke'.

Bestenweizen Weizen (Normalgew. 765 g): Juli 200-190, Sept. 203-203, Okt. 198 1/2.

Weizen (Normalgew. 712 g): Juli 150-160, Sept. 162 1/2-162 1/2.

Kartoffeln, Kartoffelmehl, Stärke: Berlin, 19. Februar. Kartoffelmehl 19,20 Mt, feinstes 9,70 Mt.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel: Weizen (Normalgew. 765 g) 168-189.

Wasserstände von Saale und Unstrut: Saale, 18. Februar, 1.25, 18. Februar, 1.25.

Verantwortlich: für Politik: Reichsanwalt Dr. Straßer; für Deutsches Reich, Ausland und Wirtschaft: H. Giesing.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S., Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gvb:3:1-171133730-16872166X191402202-16/fragment/page=0003





Preussischer Landtag.  
Herrenhaus.

Sitzung vom 19. Februar 1914.

Am Ministerische: von Dallwitz, Eshow.  
Präsident von Wedel-Riedorf eröffnete die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten und teilte mit, daß der Kaiser die Glückwünsche des Hauses zu seinem Geburtsstage gnädigst entgegengenommen habe. Den Sinterlebensorden der Verunglückten auf der Jagd Minister Riebenbach ist die Zeltnahme des Hauses ausgedrückt worden.

Das Ansehen des verstorbenen Mitgliebes des Hauses von Regiu wurde in der üblichen Weise geehrt.  
Den Beschlüssen zur Bekämpfung der akuten spinalen Ankerblähung in den Regierungsbezirken Hannover und Wiesbaden erteilte das Haus seine Zustimmung.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Zuständigkeit von Gerichtsbehörden der Amtsgerichte für die öffentliche Beglaubigung einer Unterschrift wurde unverändert angenommen, ebenso der Gesetzentwurf, betreffend die Dienstvergehen der Beamten der Orts-, Land- und Innungs-Krankenkassen.  
Es folgte die Beratung der 1. Ableitung zum

Landesverwaltungsrecht.

In der Allgemeinen Beratung erklärte  
Minister des Innern von Dallwitz: Ein Gesetzentwurf wie der vorliegende ist in Resolutionen des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses verlangt worden. Die Anwaltschaftskommission für die Reform der Verwaltung hat das Verdienst, den Entwurf vorbereitet zu haben. Im dem Entwurf ist eine größere Beweglichkeit und Einseitigkeit sowie eine Modernisierung und Vereinfachung der Verwaltung angebracht worden. An der Dreiteilung der Verwaltungsorganisation: Oberpräsident, Regierungspräsident, Landrat, ist festgehalten worden. Statt des bisherigen Kollegialsystems ist das Bureau-system eingeführt worden. Dadurch wird eine bessere Führung der Geschäfte durch den Regierungspräsidenten gewährleistet.

Oberbürgermeister Dr. Wilms-Poten: Es ist anzuerkennen, daß die Vorlage eine Erleichterung des Instanzenganges anstrebt. Wir hätten aber gewünscht, daß die Frage eingehender geprüft worden wäre, ob es nicht angezeigt wäre, die Regierungspräsidenten auszuwickeln. Wir sind für die Ersetzung des kollegialen Systems durch das Bureau-system. Seiber hat die Kommission den Vertretern der Schulbehörden im Kreis- und Bezirksausschuss das volle Stimmrecht entgegen von nur beratende Stimmen zugewilligt.

von Natus-Fricke: Wir würden es bedauern, wenn die Steuer- und Schulangelegenheiten der Einwirkung des Regierungspräsidenten entzogen würden.  
Oberbürgermeister Dr. Körtz-Königsberg: Vorbeugung für die Reform einer Verwaltung ist die Entlastung des Oberverwaltungsgerichts. Da die Vorlage eine solche Entlastung nicht bringt, so beantragen wir die Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission. In unserem Antrage empfehlen wir die Einfügung eines besonderen Senats für Abgabefachen.

Oberbürgermeister Dr. Schulz-Charlottenburg: So sehr wir anerkennen, daß der Gesetzentwurf wesentliche Verbesserungen bringt, so wenig können wir zugeben, daß er eine Erleichterung der Reform der inneren Verwaltung darstellt.  
Oberbürgermeister Dr. Lehler-Düffeldorf schließt sich diesen Ausführungen an.

Graf von Behr: Sollte die Einführung von Senaten für Abgabefachen beschlossen werden, die wir für überflüssig halten, so würden wir eine erneute Kommissionberatung für erforderlich halten.

Professor Dr. Koenig-Calle: Wir sind für eine weitere Ausdehnung der Provinzialverbände, und halten den Gedanken, die Stellung des Oberpräsidenten zu befestigen, für unauflösbar. Auch den Regierungspräsidenten können wir nicht entbehren. Dagegen würde es zweckmäßig sein, mehrere kleinere Regierungsbezirke zu vereinigen. Wenden wir gegen die Aushebung der kollegialen Abteilung für Steuern und Schulachen. Für bedauerlich halten wir die Trennung des höheren und niederen Schulwesens hinsichtlich der Verwaltung. Dem Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission schließe ich mich an.

Minister des Innern v. Dallwitz: Den Antrag auf Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission bitte ich abzulehnen, weil in der Kommission alle Gründe, die für und gegen die Einführung einer Revisionssumme sprechen, in reichlichem Maße erörtert worden sind. Ich kann nicht anerkennen, daß ein Bedürfnis nach Einrichtung eines Senats für Abgabefachen vorliegt.

Oberbürgermeister Matting-Breslau: Selbst wenn die Einrichtung eines Senats für Abgabefachen sehr löstlich sein sollte, so würde doch dadurch eine ganz wesentliche Entlastung des Oberverwaltungsgerichts herbeigeführt werden.  
Nach weiterer unwesentlicher Debatte schloß die Generaldebatte. Hierauf wurde die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr vertagt. Außerdem keine weiteren Vorträge.  
Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhhaus.

Sitzung vom 19. Februar 1914.

Am Regierungstische: Dr. v. Dallwitz.  
Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Köwig eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Auf Antrag der Geschäftsordnungskommission über den Antrag des Justizrats Behrendt in Berlin auf Erteilung der Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Dr. Crüger-Hagen (Hortfähr. Vpt.) im Privat-Flageberfahren wegen Verleibung beschloß das Haus die Genehmigung zur Fortsetzung des vor dem Schöffengericht in Charlottenburg stehenden Strafverfahrens nicht zu erteilen.  
Es folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die

Erweiterung des Stadtfreies Danzig (Eingemeindung der Landgemeinden Prögen, Sasze, Schellmühl, Weichelmünde, Heubude, Krafau, Weichelmühl sowie des Gutsbezirks Niefelsfeld).  
Die veränderte Gemeindegrenze, verändertes Abg. Mengel-Drichau (Nat.), beantragte die unveränderte Annahme der Vorlage.  
Abg. Dr. v. Kries (Nat.): Meine politischen Freunde werden der Vorlage der Weiteruna zustimmen, weil wir

auf Grund der Kommissionsverhandlungen zu der Überzeugung gelangten, daß die Verhältnisse in Danzig eine besondere Beurteilung verdienen. Bei der Entwicklung von Danzig liegt eine Gemeinschaft der Interessen auf allen oder wenigstens zu vielen Kommunalgebieten vor, daß im Wege der Wiedererbandsbildung die kommunalen Schwierigkeiten nicht gelöst werden können. Allerdings glauben wir, daß eine glänzende Weiterentwicklung für Danzig nur möglich ist, wenn die bisherigen handelspolitischen Verhältnisse sich nicht ändern, wenn insbesondere an der Aufhebung des Identitätsnachweises, welche die Entwicklung der Stadt Danzig in so erfreulicher Weise gehoben hat, auch in Zukunft festgehalten wird. Wir hoffen, daß Danzig wirklich das werden wird, was es noch unserer Überzeugung und nach unseren Wünschen sein soll, die Handelsmetropole des deutschen Ostens und ein Kulturzentrum des Deutschen Reichs. (Weißl. rechts.)  
Schweiner Oberregierungsrat Dr. Sonne teilte mit, daß die Verhandlungen über die Eingemeindung von Dömitz und Popot gescheitert seien, daß die beiden Wardorte aber auch sehr gut sich nebeneinander weiter entwickeln können.

Abg. Hirsch (Soz.): Wir sind grundsätzlich für die Eingemeindung.  
Die Vorlage wurde angenommen und auch in der sich sofort anschließenden dritten Beratung endgültig genehmigt. Die zur Vorlage eingegangenen Petitionen wurden für erledigt erklärt.

Darauf legte das Haus die Beratung des  
Ents des Ministeriums des Innern  
beim Kapitel der Polizeiverwaltung in Berlin und Umgebung in der ersten abgehandelten Debatte über den Antrag des Abg. Hryn. Schenk zu Schweinsberg (Nat.) wegen

Bekämpfung der Unflirtlichkeit

fort.  
Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Die Zunahme der Prostitution ist noch nicht notwendig ein Beweis dafür, daß die Sittlichkeit gelunken ist. Es handelt sich um eine soziale Krankheit, die herausdrückt aus der Not der Ernährungs-, Wohnungs-, Erziehungs- und der Arbeitsverhältnisse im allgemeinen, die die Frauen gezwungen, wir müssen uns bewegen werden, daß man die großen Städte als besonders unflirtlich bezeichnen. In den großen Städten tritt die Unflirtlichkeit nur in etwas größerer, plumperer Weise zu Tage, und das ist das relativ harmlose. Der Bekämpfung des wirklichen „Schmutzes in Wort und Bild“ ist durch die berufliche Art und Weise, wie in Berlin Staatsanwaltschaft und Polizeipräsidium gegen Reproduktionen edler Kunstwerke eingeschritten sind, ein Kampf wieder gut zu machender Schaden zugefügt worden. Dem Professor Jürgang machte es das Berliner Polizeipräsidium im vorigen Jahre unmöglich, in einem Wahlsieger mitzuführen, das von einer Arbeiterorganisation veranstaltet war. So verhält man der breiten Masse die Quellen, aus denen sie Befriedigung für deutsche Kunst schöpfen soll. Das Verbot einer Organisation der Schulleute durch den Polizeipräsidenten v. Jagow bedeutet eine Verletzung der Grundrechte der Bevölkerung.

Von den Abg. Kronhoff (Hortfähr. Vpt.) und Gen. liegt der Antrag vor: die Regierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die gesetzlich zulässigen Vereinigungen von Beamten nicht behindert und insbesondere der Vereinigung Berliner Schutzmänner vom Berliner Polizeipräsidenten keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Abg. Caspel (Hortfähr. Vpt.): Der Zweck des Vereins Berliner Schulleute widerpricht in keiner Weise den Wünschen des Beamtentums. Der Leiter und Redner in der Begründungsverammlung, der Schutzmännerführer, ist durch Verlegung von Berlin nach Jabrae befristet worden. (Hört! Hört! links.) Wenn ein Mann, der lange Jahre in Berlin gebient hat, mit seiner Familie nach Jabrae verlegt wird, so ist das eine schwere Bestrafung. (Sehr richtig! rechts.) Ein Schutzmänner-Sohn hat sich in einer Verammlung über das Verbot der Vereinigung beschwert und ist deshalb nach Jabrae verlegt und außerdem mit zwei Jahren Arrest befristet worden. Wir beantragen daher, daß die gesetzlich zulässigen Vereinigungen von Beamten nicht behindert und insbesondere der Vereinigung Berliner Schutzmänner vom Berliner Polizeipräsidenten keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Minister v. Dallwitz:  
Das Verbot der Gründung der Vereinigung war ein dienstlicher Befehl; mit Recht sind deshalb die Bestrafungen der Schulleute erfolgt, die nachträglich diesen dienstlichen Befehl zum Gegenstand einer öffentlichen Forderung machten. (Sehr richtig! rechts.) Es handelt sich hier um Aufrechterhaltung der Disziplin. Eine Organisation einer militärisch organisierten Beamtenschaft würde mit der Disziplin in Widerspruch stehen. Sie will hier feststellen, daß Herr v. Jagow durch sein Organisations-talent, durch seine Unzugänglichkeit gegenüber äußeren Einflüssen gerade in besonderer Maße geeignet ist, den verantwortungsvollen Wollen eines Polizeipräsidenten von Berlin auszuüben. (Sehr richtig! rechts.)  
Abg. Liebknecht hier unter dem Schutz der parlamentarischen Immunität gegen den Polizeipräsidenten persönlich beilegende Ausdrücke gebraucht hat, so bitte ich ihn, diese Worte ihm außerhalb des Hauses von Angesicht zu Angesicht zu wiederholen. Hier im Hause muß ich diese Beleidigungen aber mit dem Maß von Mäßigkeit behandeln, das sie verdienen. (Rechtst! wiederholtes Bravo! rechts.)  
Hierauf wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Zur Geschäftsordnung bemerkte Abg. Just (Nat.): Durch den Schluß der Diskussion ist es mir unmöglich gemacht, den Anträgen zu beistimmen, als ob zwischen den Ausführungen des Abg. Fuhrmann und den von mir vor zwei Jahren anlässlich der Feuerwehredebatte gemachten ein Gegensatz bestände. Ein solcher Gegensatz besteht nicht.  
Abg. Ktto (Hortfähr. Vpt.): Auch mir als Vertreter der Charlottenburger ist es nimmer nicht möglich, zu der Charlottenburger Petition einige Ausführungen zu machen.  
Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Die Annahme dieses Schlußantrages ist doch etwas ungewöhnlich. Der Minister hat als letzter gesprochen und der letzte Antrag gegen einen Abgeordneten gerichtet; wenn Sie nun den Mitgliedern des Hauses durch den Schluß die Antwort unmöglich machen,

zeigen sie nur, daß sie keinerlei Interesse daran haben, die Würde des eigenen Hauses zu wahren. (Stimmliches Widerbrück rechts.)

Abg. Just (persönlich): Meine früheren Ausführungen würden falsch interpretiert werden, wenn sie dahin verstanden werden, daß wir beabsichtigt hätten, Feuerwehredeute und Schulleute mit gleichem Maß zu messen. Die disziplinäre Verantwortung der beiden Klassen ist eine völlig verschiedene.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.) gab dieselbe Erklärung ab wie Abg. Otto.  
Abg. Caspel (Hortfähr. Vpt.): Um Schulleute hat es sich vor zwei Jahren gehandelt; ich habe heute auch nur gesagt, daß logischerweise für die Schulleute gelten muß, was für die Feuerwehredeute gilt.

Der Antrag Schenk zu Schweinsberg und Genossen wurde gegen die Stimmen der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokraten angenommen. Der Antrag Kronhoff gegen dieselbe Widerbrück abgelehnt.

Die Petition um Verklärung der Polizeikräfte in Charlottenburg wurde nach dem Antrage der Budgetkommission der Regierung als Material überwiefen.

Die Beschlungen für die Polizeipräsidenten, die Oberregierungsräte und Regierungsräte, die Abteilungsbrigaden, die Polizeiräte und Polizeiaufseher bei der Polizeiverwaltung in Großberlin wurden bewilligt.  
Bei den bevorstehenden Ausgaben für Polizeifretäre usw. hat die Kommission in Konsequenz der von ihr beantragten Streichung des neuen Ausgabenpostens im Extraordinarium von 150 000 Mark zur „Einrichtung einer Druckerei bei dem Polizeipräsidenten in Berlin“ Gehalt und Wohnungsvergeltung für einen Betriebsführer der Druckerei gestrichelt. Die Diskussion über diese Positionen wurde gemeinsam geführt.

Ministerialdirektor Dr. Freund: Nachdem die Budgetkommission den Antrag der Regierung auf Errichtung einer eigenen Druckerei für das königliche Polizeipräsidium in Berlin abgelehnt hat, giebt die Regierung diese Forderung für dieses Jahr zurück.

Abg. Graf (Denkschrift): Ich kann die Erklärung der Regierung nur mit Freude begrüßen. Ein hinreichender Grund zur Errichtung einer eigenen Druckerei liegt nicht vor.

Abg. Wendebach (Hortfähr. Vpt.): Auch wir halten es nicht für richtig, hier eine eigene Druckerei herzustellen. Eine Erprobung wird niemals erzielt werden können.

Abg. Bameister (Nat.): Im Namen meiner politischen Freunde kann ich unsere Genugtuung über die Erklärung der Regierung ausdrücken. Wir beitreten, daß staatliche Betriebe in der Lage sind, schneller zu liefern als Privatbetriebe. Wenn die Regierung mit der Errichtung von staatlichen Buchdruckereien fortfährt, so wird die Reichhaltigkeit staatlicher Druckbetriebe und Arbeiterorganisationen nur noch vermehren.

Abg. Adolph Hoffmann (Soz.): Wir werden gegen die Einrichtung einer Buchdruckerei im Berliner Polizeipräsidium stimmen.  
Das Haus beschloß noch den Anträgen der Budgetkommission.

Bei den Beschlungen der Polizeiberechtigten der Schutzmänner bemerkte

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ich möchte den Minister fragen, ob es wahr ist, daß der Polizeipräsident v. Jagow vor einigen Jahren einen Richter ins Gefängnis geschlagen und dafür 14 Tage bekommen hat.  
Vizepräsident Dr. v. Krause: Herr Abg. Liebknecht, ich rufe Sie zur Sache!

Abg. Dr. Liebknecht (Soz., fortgesetzt): Es wäre doch immerhin winstlichwert, auf diese Frage Antwort zu erhalten.  
Vizepräsident Dr. v. Krause: Herr Abg. Liebknecht, ich rufe Sie zum zweiten Male zur Sache und mache Sie auf die Folgen eines dritten Rufes aufmerksam.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz., fortgesetzt): Ich bitte also den Minister um Auskunft über die Frage, die ich an ihn gerichtet habe.

Der Rest des Kapitels der Polizeiverwaltung von Berlin und Umgebung wurde ohne Debatte bewilligt. Bei dem Kapitel der Polizeiverwaltung in den Provinzen lag der Antrag der sämtlichen Abgeordneten des Regierungsbezirks Estland Graf v. der Groeben (Nat.), v. Hennigs-Zechin (Nat.), Frhr. v. Malahn (Nat.), Dr. Knebel (Hortfähr.) sowie des Vertreters von Steinhilber, Fuhrmann (Hortfähr. Vpt.) vor: Die Regierung wolle baldmöglichst durch Vorlage eines Gesetzes der Frage der Regelung der Stadtreffe der neuortopommerschen Städte näher treten.

Ferner beantragten die Abg. Braun (Soz.) und Gen. mit Rücksicht auf die in dem Proseß Sollmann-Göln gerichtliche festgestellten Mißbräuche wird die Regierung erlucht, eine Untersuchung darüber einzuleiten, ob und in welchem Umfang ähnliche Mißbräuche bei Polizeiverwaltungen bestehen, und über das Ergebnis der Untersuchung, sowie über die Befähigung der Mißbräuche etwa getroffenen Maßnahmen dem Abgeordnetenhaus Mitteilung zu machen.

Abg. v. Hennigs-Zechin (Nat.): Die Regelung der Angelegenheit, die unser Antragen verlangt, ist dringend notwendig. Wir haben unseren Antrag deshalb so allgemein gefasst, um der Regierung bei der Vorlage eines Gesetzentwurfs freie Hand zu lassen. Aber die Einzelheiten können wir uns vorbehalten, wenn ein entsprechender Gesetzentwurf dem Hause vorgelegt werden wird.

Ministerialdirektor Dr. Freund: Die Regierung hat bereits Vorarbeiten veranlaßt und gedenkt der Sache näher zu treten.  
Abg. Fuhrmann (Hortfähr. Vpt.): Die Erklärung der Regierung ist sehr erfreulich. Zwei Städte in Neuportommern und Rügen allein haben sich in moderner Weise entwickelt. In den anderen Städten werden die Bürger in drei Klassen geteilt: Kaufleute, Arbeiter und Landwerker. Die dritte Klasse besitzt kein positives Wahlrecht bei den Kommunalwahlen, genötigt werden deshalb nur die Kaufleute und Arbeiter. Das sind Verhältnisse, die unleres Staates nicht würdig sind.

Abg. von Soz. Es ist festzustellen, daß in Köln Polizeibeamte Gehaltszulagen erhalten haben von Privat. Es ist auch eine Verfügung vom 14. Mai 1904 ergangen, die die Annahme und Verteilung der an die Polizei abgete-

